



Medienmitteilung

Thema	Frauenfelder Solar-Initiative wird zurückgezogen
--------------	---

Für Rückfragen	Stefan Leuthold, Co-Präsident glp Thurgau, Mit-Initiant, 079 361 62 23
----------------	--

Datum	26. April 2015
-------	----------------

Frauenfelder Solar-Initiative wird zurückgezogen

Die Frauenfelder Volksinitiative „10 m2 Solarfläche pro Einwohner“ kam am 9. Juli 2014 mit 746 gültigen Unterschriften zustande. Ein überparteiliches Komitee wollte erreichen, dass bis 31. Dezember 2025 auf Stadtgebiet pro Einwohner 10 m2 Solarfläche in Betrieb sein sollen. Mit „Solarfläche“ waren einerseits Sonnenkollektoren zur Wärmeerzeugung, andererseits Photovoltaik-Anlagen zur Stromerzeugung gemeint. Damit hätte auf Ende 2025 ein Teil der Vorgaben aus dem behördenverbindlichen, regionalen Energierichtplan konkret in die Tat umgesetzt werden können.

Das Ziel „10 m2 Solarfläche pro Einwohner“ hätte durch die Gemeinde Frauenfeld auf zwei Ebenen erreicht werden sollen: Einerseits durch aktives Fördern entsprechender Vorhaben von Privaten, Gewerbe und öffentlichen Institutionen durch Beratung, Reduktion von Gebühren und finanziellen Anreizen; andererseits durch Erstellen eigener Photovoltaik-Anlagen und – soweit möglich – durch Nutzung solarer Wärmeerzeugung in gemeindeeigenen Liegen-schaften.

Anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 22. April legte der Stadtrat seine Botschaft zur Solar-Initiative dem Stadtparlament zur Diskussion vor. Auf die Ausarbeitung eines Gegenvorschlages hatte er verzichtet. Der Gemeinderat folgte in seiner Sitzung der Empfehlung des Stadtrates und lehnte das Anliegen der Initianten mit klarer Mehrheit ab. Ein Antrag für einen moderater formulierten Gegenvorschlag, welcher sich massgeblich am städtischen Richtplan orientierte und eine flexiblere Handhabung der Initiative erlaubt hätte, wurde vom Gemeinderat ebenfalls abgelehnt.

Das Komitee der Frauenfelder Volksinitiative „10 m2 Solarfläche pro Einwohner“ hat sich nach eingehender Analyse der Situation am Samstag, den 25. April entschieden, die Initiative zurückzuziehen. Die Initianten verzichteten damit auf einen aufwändigen Abstimmungskampf. Dieser hätte eine höchst unrealistische Gewinnchance geboten, jedoch einen hohen Einsatz an personellen und finanziellen Ressourcen gefordert. Auch will das Komitee mit dem Entscheid eine unnötige Belastung der städtischen Finanzen durch die Initiative verhindern.

Die Initianten sind nach wie vor von der Notwendigkeit und der hohen Priorität erneuerbarer, regional erzeugter Energie überzeugt und behalten sich vor, ein ähnliches Anliegen zu einem späteren Zeitpunkt vorzubringen.